**Deutscher Bundestag** **Drucksache 18/12541**

**18. Wahlperiode** 30.05.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

# Antrag

**der Fraktionen der CDU/CSU und SPD**

## 25 Jahre Ostseerat – Das Modell für eine gelungene Integration von Ost und West weiterentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 20. Juni 2017 findet in Reykjavik ein Außenministertreffen aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Ostseerates (CBSS) statt. Eine gute Gelegenheit, Bilanz über das bisher Erreichte zu ziehen, und zugleich einen Blick in die Zukunft zu werfen.

1992 wurde die jahrhundertealte Vision eines vereinigten Ostseeraums vom dänischen Außenminister Uffe Ellemann-Jensen und dem deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, wiederbelebt. Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 bestand die große Hoffnung, dass der Ostseeraum die jahrzehntelange Trennung durch den Kalten Krieg überwinden und wieder zu der prosperierenden und wohlhabenden Region werden würde, die er vor ein paar Jahrhunderten gewesen war.

Beide Außenminister begriffen die historische Entwicklung als einmalige Chance, ein Forum für den politischen Dialog und für eine konstruktive Zusammenarbeit zu schaffen. Ziel war es, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen auf der Grundlage einer gefestigten Identität der hanseatischen Geschichte wiederherzustellen, an die Hans-Dietrich Genscher in seiner Gründungsrede vor 25 Jahren erinnerte.

Mit den neuen demokratischen Entwicklungen, der Öffnung der Grenzen, der Reisefreiheit und dem konstruktiven Dialog zwischen den Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaften waren zahlreiche Hoffnungen der verschiedenen Länder verbunden.

Die Gründung des Ostseerates 1992, der die Schaffung der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) ein Jahr zuvor vorausging, gab Anlass zur Hoffnung auf eine neue internationale Ordnung im Ostseeraum. Ein Meer, das jahrzehntelang geteilt gewesen war, wurde nun wieder zu einem Ort, der die angrenzenden Länder miteinander verband. Ziel des Ostseerates war es, wie in der Erklärung von Kopenhagen aus dem Jahr 1992 dargelegt, als ein allgemeines

regionales Forum zu dienen, das sich auf die Bedürfnisse einer verstärkten Zusammenarbeit und Koordinierung unter den Ostseestaaten konzentriert.

Heute, 25 Jahre später, ist der Ostseerat in der Region fest etabliert. Er ist die einzige regionale zwischenstaatliche Einrichtung, zu der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zwei EFTA-Staaten, Russland und die Europäische Kommission gehören, die auf Augenhöhe in einer Region zusammenarbeiten, in der mehr als 80 Millionen Menschen leben.

Zunächst ging es um wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit. Mittlerweile wird auch in den Bereichen Infrastruktur, Energie, Arbeitsmarkt, Tourismus, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und „weicher“ Sicherheitspolitik zusammengearbeitet. Die gemeinsamen Orientierungspunkte sind die auf Initiative des Europaparlamentes entstandene Ostseestrategie der Europäischen Union und die Nördliche Dimension. Das 1998 gegründete Sekretariat des Ostseerates koordiniert die Arbeit der verschiedenen Expertengruppen, Task Forces und Programme und ist Teil der mehr als 20 regionalen Netzwerke der Ostseeratsfamilie. Es unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Koordinierung und Umsetzung der derzeitigen drei langfristigen Prioritäten des Ostseerats, die in der Erklärung von Vilnius aus dem Jahr 2010 "Eine Vision für den Ostseeraum bis 2020" dargelegt sind. Zu diesen Zielen gehören regionale Identität sowie eine nachhaltige, prosperierende und sichere Region.

Ein wichtiger Erfolg war die Schaffung der Fazilität für die Unterstützung von Projekten durch den deutschen Vorsitz im Jahre 2012. Dieses Finanzinstrument ist von entscheidender Bedeutung für eine praktische Zusammenarbeit und hilft, die langfristigen Prioritäten umzusetzen. Sie bezieht vor allem die Zivilgesellschaft ein, die künftig eine größere Rolle in der Region spielen muss. In diesem Zusammenhang ist die 2012 vom Ostseerat beschlossene projektorientierte Modernisierung der an die Ostsee angrenzenden Gebiete im Nordwesten Russlands eine weitere Erfolgsgeschichte. Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen, ist mehr statt weniger Zusammenarbeit erforderlich, um die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen.

Die Umsetzung der drei langfristigen Prioritäten war Anlass für zahlreiche Aktivitäten des Ostseerates und seiner Mitgliedstaaten. Zu den Aktivitäten von höchster politischer Relevanz gehören auch mehr Kontakte "von Mensch zu Mensch", die für eine Zusammenarbeit von unten nach oben erforderlich sind, um die Ostseeregion mit der Kultur und Identität aller Anrainer für den Großteil ihrer Gesellschaften greifbar zu machen. Dies bedeutet einen stärkeren Austausch zwischen Städten, Universitäten, kulturellen Einrichtungen, NGOs und vor allem jungen Leuten. Die „erste Priorität“, die "regionale Identität", ist der Ostsee-Jugenddialog (Baltic Sea Youth Dialogue, BSYD). Sie ist eine wichtige Investition in die gemeinsame Region. Junge Menschen sind unsere Zukunft, und sie sollten nicht mit neuen Feindbildern aufwachsen. In jungen Jahren einander verstehen zu lernen und einander zu akzeptieren trägt dazu bei, Vertrauen zwischen den Ländern aufzubauen. Deutschland hat den Ostsee-Jugenddialog in der Vergangenheit unterstützt und ist bestrebt, dies auch in Zukunft zu tun.

Die zweite langfristige Priorität, eine "nachhaltige und prosperierende Region", hat mit der Verabschiedung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung beträchtliche Impulse erhalten. Ihre Verwirklichung im Ostseeraum könnte die Ostseeregion verändern und dazu beitragen, die globalen Herausforderungen zu bewältigen. Die Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsziele (SDG) erfordert eine starke, effiziente Koordinierung und tiefgreifende

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten des Ostseerates. Die Gründung des Baltic 2030-Netzwerks und der von ihm angestrebte Aktionsplan sind die raschen Antworten des Ostseerates auf die in den Nachhaltigkeitszielen dargelegten globalen Herausforderungen. Es versucht, Partnerschaften aufzubauen, Projekte zu ermöglichen und einen politischen Input zu den verschiedenen Politikbereichen zu geben. Auch die Herausforderungen der Digitalisierung dürfen nicht vergessen werden. Eine gute und eine gemeinsame Entwicklung auf diesem Gebiet sind notwendig.

Die dritte langfristige Priorität, "eine sichere Region", ist eine Voraussetzung für jede Region, damit sie prosperiert und eine gemeinsame Identität erwirbt oder erhält. Zurzeit werden im Ostseerat und in der OSZE Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, dass sich die militärischen Aktivitäten im Ostseeraum nicht zu einem neuen Sicherheitsrisiko in Nordeuropa entwickeln.

Die Bedrohungen für unsere Sicherheit erfordern einen intensiven Austausch und eine intensive Kooperation unter den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Bekämpfung von Problemen wie organisierte Kriminalität, Menschenhandel und gefährdete Kinder. Die Task Force des Ostseerates zur Bekämpfung des Menschenhandels, die Expertengruppe für gefährdete Kinder und die Ostsee-Task-Force zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität haben eine solide Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit geschaffen, die in diesen unsicheren Zeiten mehr denn je notwendig ist. Ohne diese Zusammenarbeit wäre der Ostseeraum ungeschützter.

In den 25 Jahren des Bestehens des Ostseerates wurden zahlreiche Erfolge erzielt. 25 Jahre nach der Gründung des Ostseerates lässt sich feststellen, dass der „Geist von Kopenhagen von 1992“ nach wie vor lebt:

Es wurde eine intensive Zusammenarbeit hergestellt, die in einer Vielzahl von Politikbereichen Vertrauen unter den Akteuren geschaffen hat, die politische Maßnahmen umsetzen. Obwohl seit 2014 keine Gipfeltreffen und Treffen der Außenminister stattgefunden haben, sind unter dem polnischen Vorsitz die Kultur- und Wissenschaftsminister sowie die stellvertretenden Außenminister zusammengetroffen. Dennoch muss wieder an die Ministertagungen des Ostseerates angeknüpft werden, da sie den politischen Dialog und die Zusammenarbeit in vielen Politikbereichen fördern, in denen diese Region vor beträchtlichen Herausforderungen steht, wozu die Ostseeparlamentarierkonferenz 2015 einstimmig aufgerufen hat. Deutschland unterstützt daher nachdrücklich die Initiative der isländischen Präsidentschaft, am 20. Juni 2017 in Reykjavik ein Ministertreffen auszurichten.

Die Herausforderungen erfordern gemeinsame regionale Lösungen. Vor allem in schwierigen Zeiten muss der politische Dialog verstärkt und für eine konstruktivere Zusammenarbeit gesorgt werden. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die gemeinsamen Herausforderungen als eine Region zu bewältigen. Die Grundlage wurde im Laufe der letzten 25 Jahre gelegt. Die gemeinsame Identität der Menschen im Ostseeraum ist eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Region. Der Ostseerat ist einer der wenigen Orte, an denen Solidarität und Zusammengehörigkeit sowie eine gemeinsame Identität über den gesamten Ostseeraum hinweg gestiftet werden können.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel

1. die Kooperationen im Ostseerat mit Bezug auf die aktuelle Sicherheitslage in Europa und die derzeit spannungsvollen Beziehungen zu Russland weiterzuführen und zu stärken. Insbesondere muss die Luftsicherheit im Ostseeraum durch konkrete Maßnahmen verbessert werden. Zudem sollte der Ostseerat in der Umsetzung der EU-Ostseestrategie sowie in der Zusammenarbeit mit der russischen Nord/West-Kooperations- und anderen nationalen Ostseestrategien wirkungsvoll unterstützt werden. Die multilateralen Beziehungen innerhalb Europas und innerhalb des Ostseerates gerade mit Russland sind für die friedliche Entwicklung der Region und des gesamten Kontinents entscheidend. Es muss vermieden werden, neue Trennungslinien zu etablieren und gebaute Brücken wieder einzureißen. Dafür ist der Ostseerat eine wichtige Plattform jenseits der Strukturen der EU;

2. mithilfe weiterer Schritte das gegenseitige Vertrauen und den Dialog in der Ostseeregion wiederherzustellen, insbesondere innerhalb des Ostseerates, um dafür zu sorgen, dass das Potenzial der Organisation als Forum für die gesamte multilaterale zwischenstaatliche Zusammenarbeit sowie der politische Dialog in der Ostseeregion möglichst effizient genutzt werden;

3. an einer verstärkten Wahrnehmbarkeit des Ostseerates zu arbeiten und auf konkrete Ziele und Projekte hinzuarbeiten. Die 2014 unter finnischem Vorsitz beschlossene Neuausrichtung des Rates hat zu entscheidenden Weiterentwicklungen beigetragen. Die dort beschlossenen fünf Langzeitziele – Umwelt, Wirtschaftliche Entwicklung, Energie, Bildung und Kultur sowie Zivile Sicherheit und Menschliche Dimension sind ein guter, erster Schritt in die richtige Richtung, jedoch sollten die Kooperation mit anderen Akteuren in der Region, die Koordination untereinander sowie mit anderen Projekten wie denjenigen der Ostseestrategie der Europäischen Union oder anderer fachlich einschlägiger Kooperationen verbessert werden;

4. zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens sowie der gemeinsamen Identität in einer wieder zusammenwachsenden Region den multilateralen Dialog zwischen und den Austausch von Jugendlichen im Ostseeraum stärker zu fördern;

5. die Arbeit des Ostseerates um mehr soziale Aspekte zu erweitern. Die Schwerpunkte der Arbeit des Ostseerats sind bisher Umwelt, Energie, Wirtschaft, Bildung und Kultur sowie die zivile Sicherheit. Diese stellen wichtige und herausfordernde Aspekte der Kooperation dar. Jedoch kann der Ostseerat nur dann mehr als ein erfolgreiches Wirtschaftsprojekt werden und die Entwicklung einer regionalen Identität fördern, wenn er vor allem soziale Aspekte mehr betont. Dabei sollten integrative Projekte zwischen den Ländern unterstützt und gefördert werden, die beispielsweise die Begegnung und den Austausch der Bürgerinnen und Bürger, gerade junger Menschen, in den Staaten zum Ziel haben;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

6. verstärkt unter den Ländern des Ostseeraums für den Prozess der europäischen Integration zu werben. Gerade die skandinavischen Länder sind sehr unterschiedlich in die EU integriert oder mit ihr verbunden. Es ist richtig, wenn die Länder mehr Verantwortung für Europa übernehmen. In die Frage der künftigen Entwicklung der Union sollten die skandinavischen Länder intensiv eingebunden werden, egal ob als Mitglieder oder Nicht-Mitglieder;

7. die Kooperation im Ostseerat hinsichtlich der Entwicklung eines gemeinsamen grenzüberschreitenden Arbeits- und Ausbildungsmarktes zu fördern und dabei die Themen Arbeitsmobilität, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, demografische Entwicklung sowie Migration in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei gilt es, den Ostseerat bei der Etablierung von Formen der „Tripartite“ Zusammenarbeit, wie im „Baltic Sea Labour Forum“ und dessen Mitgliedern von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften in der Ostseeregion, zu unterstützen;

8. den Ostseerat bei seiner Arbeit im Rahmen der Sicherung und weiteren Entwicklung zu einer der wettbewerbsfähigsten Regionen Europas in den Bereichen der Wissenschaft, der Forschung und Innovation insbesondere beim Aufbau und der Gestaltung optimaler Forschungs- und Austauschprogramme zu stärken;

9. eine Digitalisierungsinitiative des Ostseeraumes voranzutreiben. Die Digitalisierung erfasst alle Bereiche unserer Gesellschaft und ist eine der zentralen Gestaltungsaufgaben. Die Staaten des Ostseeraums bilden in dieser Hinsicht ein besonders spannendes Muster, sind hier doch mit den nordischen und mit den baltischen Staaten internationale Pionierländer versammelt, von deren Erfahrungsaustausch auch die übrigen Anrainer profitieren können;

10. den Aufbau von Kapazitäten sowie den Wissensaustausch und das Bewusstsein für eine koordinierte Politik zur Bekämpfung des Klimawandels zu stärken und zu fördern, denn der Anstieg des Meeresspiegels und die damit verbundenen Folgen betreffen auch die Länder der Ostseeregion;

11. sich so in die Arbeit des Ostseerates einzubringen, dass auch über die Kooperation mit den anderen Ratsmitgliedern mehr Kohärenz im Hinblick auf die Ansätze für nachhaltigen Tourismus in der Region entsteht und eine gemeinsame Vermarktungsstrategie für die Region unter diesem Aspekt entwickelt wird;

12. den auf dem Außenministertreffen vorgesehenen Aktionsplan zur Umsetzung der Agenda 2030 zu unterstützen. Für den großen Anrainerstaat Deutschland liegt ein solcher Plan für nachhaltige Entwicklung des Ostseeraumes im eigenen Interesse. Die Bundesregierung sollte Deutschlands hohes internationales Nachhaltigkeitsprofil stärken und weiterhin die internationale Umsetzung der Agenda 2030 aktiv und substantiell vorantreiben;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

13. die Aktivitäten des Ostseerates bei der Bekämpfung des Menschenhandels in der Ostseeregion zu festigen und in ihrer Wirksamkeit zu stabilisieren. Alle Länder der Ostseeregion sind auf die eine oder andere Art und Weise vom Menschenhandel als Herkunfts-, Transit- und/oder Zielländer betroffen. Die erreichten Fortschritte bei der Bekämpfung müssen dazu genutzt werden, um die öffentlichen Verwaltungen, aber insbesondere die Strafverfolgungs- und Migrationsbehörden, aber auch die Arbeitsverwaltungen im Bereich der Opfererkennung auszubilden, um rechtzeitig und zielgerichtet Schutz zu gewähren;

14. weiterhin über die unter der isländischen Präsidentschaft geplanten Treffen der Außen- und Arbeitsminister des Ostseerates hinaus regelmäßige Fachministertreffen durchzuführen, wie es sie wieder unter polnischer Ostseerats-Präsidentschaft mit den Bildungs- und Kultur- sowie stellvertretenden Außenministern gegeben hat.

Berlin, den 30. Mai 2015

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion**
**Thomas Oppermann und Fraktion**

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.